

Generalsekretariat:

Hermann-Seger-Str. 23, D-50226 Frechen

Telefon: +49 (0)2234 188 419, Telefax: +49 (0)2234 188 410

E-Mail: esu@cdu.de Internet: www.eu-seniorunion.info

15.02.2011

Dr. Bernhard Worms im Interview

Demokratie auf dem Vormarsch / Jeder ist unser Nächster / Keine erneute Teilung Europas zulassen !

Ulrich Winz (Berlin) sprach mit dem Präsidenten der Europäischen Senioren Union (ESU)

U. Winz: Herr Präsident, die Tunesier haben mit ihren Demonstrationen einen Stein ins Rollen gebracht...

Dr. B. Worms:...der allem Anschein nach weiterrollen wird. Zunächst rollte er nach Ägypten und sorgte auch dort für einen Machtwechsel hin zu Demokratie. Ich rechne mit weiteren friedlichen Aufständen in den arabischen Ländern und freue mich darauf.

Was verbindet sich für Sie zu allererst mit dem Begriff „Demokratie“?



Dr. Bernhard Worms, Staatssekretär a.D.

Die Einhaltung der Menschenrechte und alle Entscheidungen mit dem Volk und für das Volk. Angesichts der Bilder aus Kairo wurde ich an den Fall der Berliner Mauer erinnert.

In einer ersten Stellungnahme zu den revolutionären Veränderungen hatten Sie auch „Toleranz mit allen Ethnien und Religionen“ angemahnt.

Diese Forderung unterstreiche ich heute ausdrücklich. Was unter dem entmachteten Regime in Ägypten mit koptischen Christen

geschehen ist, darf sich nicht wiederholen. Ebenso wenig das gewaltsame Vorgehen gegen Christen im Irak. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt auch für ausreisewillige Tunesier, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um ein würdevolles Leben in Italien oder anderen Ländern zu erreichen.

Damit ist Europa in die Freiheitskämpfe der arabischen Länder einbezogen...

...und herausgefordert, die längst fällige einheitliche Regelung der Flüchtlingsfrage unverzüglich zu treffen.

Im Übrigen begrüße ich, dass die Außenbeauftragte der EU, Mrs. Ashton, Tunesien besucht hat und einige Länder logistische Unterstützung zugesichert haben. Mit ungebetenen „klugen Ratschlägen“ sollten sich Politiker der EU jedoch zurückhalten.

Hat „Europa“ nicht genug mit sich selbst zu tun?

Wenn Flüchtlinge auf hoher See ums Leben kommen, geht uns das alle an. Auch sie sind – im biblischen Sinne – unsere Nächsten, die nicht sich selbst überlassen werden dürfen. Hier ist solidarisches Handeln unerlässlich. Sie brauchen eine Perspektive.

Was bewegt Sie zurzeit außerdem, wenn Sie an Europa denken?

Ich denke zuerst an die Situation in Belarus, wo die mit uns verbundene Seniorenorganisation unter schwierigen Bedingungen in der Opposition tätig ist. Und ich fühle mich mit unseren Freunden vom ukrainischen Pensionistenverband verbunden, die allen politischen Schwierigkeiten zum Trotz, das Los der Älteren und Behinderten zu lindern suchen. Ihnen gilt heute mein besonderer Gruß ! Im Übrigen macht mir die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas Sorge.

Wie meinen Sie das? 1989/90 ist lange her.

Dank friedlicher Revolutionen ist damals die politische Konfrontation zum Glück überwunden worden und ist letztlich in die europäische Integration gemündet. Aber im sozialen Bereich gibt es erhebliche Unterschiede, die das Leben der älteren Generation – also der Klientel unserer ESU – massiv erschweren. Die meisten Senioren in den befreiten Ländern sind arm, teils ärmer als vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Auch die Situation des Gesundheitswesens gibt Anlass zur Sorge. Auf unseren Regionalkonferenzen wird das immer stärker thematisiert und kritisiert. Lettische Senioren beließen es nicht dabei. Sie haben im vorigen Jahr durch massiven politischen Druck durchgesetzt, dass ihre Renten nicht länger gekürzt blieben und mit ihrem Geld Haushaltslöcher gestopft wurden.

Hieß es nicht bisher immer, es gäbe keine Sozialeinheit in Europa? Änderungen fielen in die alleinige Kompetenz der Staaten?

Nicht nur die ESU, mit der sich über eine Million Bürger verbunden fühlen, geht inzwischen dagegen an. Auch das EU-Parlament beschäftigt sich damit. Die Sorge um ein würdiges Leben im Alter kann dem Staat niemand abnehmen, aber europaweit verbindliche Mindeststandards zu schaffen, ist Sache von Brüssel.

Wie bewerten Sie das Votum der Europäischen Volkspartei vom 11. Februar, längere Arbeitszeiten für ältere Bürger betreffend?

Es besagt, dass über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus der Beruf ausgeübt werden kann – also auf freiwilliger Grundlage. Eine Entscheidung, die dem wachsenden Facharbeiterbedarf gerecht wird, also den Interessen vieler Unternehmen entspricht. Und: Der „in die Jahre gekommene“ Bürger kann auf diese Weise seinem Leben weitere sinnvolle Jahre hinzufügen.

Wie kam es zu dieser Resolution der EVP-Spitze?

Sowohl die EVP-Jugendorganisation (YEPP) als auch die schwedischen Delegierten unseres ESU-Kongresses vom November 2010 haben in Stellungnahmen politisches Handeln in diesem Sinne angemahnt. Adressat des einstimmigen Votums von Brüssel sind die Parlamente und Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten. Diese werden auch aufgefordert, einen früheren Eintritt in das Berufsleben zu ermöglichen.

Herr Dr. Worms, Sie beobachten die abgestimmten Bemühungen um Stabilität unserer Gemeinschaftswährung...

...und ich sehe bei aller Wertschätzung für dieses Tun eine gewisse Gefahr. Nach meiner Auffassung könnte es zwischen den Ländern der Euro-Zone und den Ländern mit nationaler Währung zu einer unliebsamen Unterscheidung (etwa in „Europa I und Europa II“) kommen. Die aktuelle Frage ist also: Wie kriegen wir den Spagat zwischen der Euro-Währungsstabilität und den anderen staatlichen Finanzwirtschaften hin? Niemand hätte von dem Auseinanderdriften einen Gewinn.

Kommen wir noch einmal auf Ihre Klientel als ESU-Präsident zurück. In Ihrem Heimatland Deutschland gibt es zurzeit – ausgelöst von einem Repräsentanten der CDU-Senioren-Union, deren Ehrenvorsitzender Sie sind – eine Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern von Kindereinrichtungen in Wohngebieten. Diese seien den älteren Bewohnern der Nachbarschaft wegen des Lärms nicht zumutbar, sagen die Kritiker, meint auch der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen.

Das ist eben gerade **nicht** meine Meinung! Kinder sind unsere Zukunft und brauchen Freiräume – auch den Aufenthalt in frischer Luft, den ihnen Kitas verschaffen. Dass dieses sensible Thema vor interner Erörterung in die Öffentlichkeit getragen wurde, hat der sachlichen Diskussion geschadet. So steht es auch in zahllosen Zuschriften aus allen Teilen des Landes, mit denen ich mich identifiziere.

Hinweis:

Der Interviewer, Ulrich Winz, ist Pressereferent der ESU